

905/AE XX.GP

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Stadler  
und Kollegen  
betreffend EU -Beitragssenkungen

Österreich ist nicht nur einer jener wenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die sog. Nettozahler sind, sondern vielmehr einer der größten Nettozahler. Das heißt, unser Land liefert wesentlich mehr Beiträge an die Europäische Union ab, als es an Rückflüssen lukrieren kann. Mit der geplanten Erweiterung der Europäischen Union und im Zusammenhang mit der von der Kommission vorgelegten Agenda 2000 (Stichwort: Strukturfondsreform) wird sich die finanzielle Belastung für die Nettozahler der Union, also auch für unser Land, weiter erhöhen, zumal die Nettoempfänger EU - Transferkürzungen vehement ablehnen. Im Gegensatz zum "EU - Musterschüler" Österreich findet jedoch in den Mitgliedsstaaten, die sich in einer ähnlichen Situation befinden (beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland, in Schweden oder in den Niederlanden), eine breite öffentliche Diskussion über die Ausgaben der Europäischen Union (Stichwort: Ausgabendisziplin, Betrug) sowie über die Höhe der Beitragszahlungen und über gerechte Mittelrückflüsse statt. Dies führte dazu, daß die Regierungen dieser Länder, nach dem Vorbild Margaret Thatchers, jüngst einen Vorstoß unternommen haben, um ihre übermäßigen Nettosalden zu reduzieren. Die österreichische Bundesregierung unterstützte zwar grundsätzlich diese Initiative, doch läßt sie den entsprechenden Nachdruck vermissen.

In diesem Zusammenhang und um die österreichischen Vertreter in der Europäischen Union bei den Verhandlungen bestmöglich zu unterstützen, stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

“Die Bundesregierung wird aufgefordert, in den Verhandlungen über die künftigen Eigenmittel der Europäischen Union und die Beiträge zum EU - Haushalt zu bewirken, daß die hohen österreichischen Beitragszahlungen an die Europäische Union maßgeblich und dauerhaft verringert werden.”

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Außenpolitischen Ausschuß zuzuweisen.